

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklametell:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Seitensprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlaag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 279

Dienstag, den 29. November 1927

101. Jahrgang

Die Genfer Abrüstungstagung

Graf Bernstorff in Genf

Genf, 29. Nov. Gestern nachmittag ist in Genf zu der Tagung der Abrüstungskommission der deutsche Delegierte Graf Bernstorff, der Völkerbundsreferent im Auswärtigen Amt, Geheimrat von Bülow, sowie der militärische Sachverständige Oberst von Bötticher eingetroffen. — Im Völkerbund werden gegenwärtig außerordentlich weitgehende Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen getroffen. Allgemein rechnet man damit, daß der vom Völkerbundssekretariat ursprünglich vorgesehene Abschluß der Tagung der Abrüstungskommission am Samstag nicht eingehalten werden wird. Man nimmt vielmehr an, daß die Debatte infolge der außerordentlich wichtigen schwerwiegenden zur Erörterung kommenden Fragen bis Mittwoch oder Donnerstag der nächsten Woche hinein dauern werde, so daß der Völkerbundsrat und die vorbereitende Abrüstungskommission zu gleicher Zeit in Genf tagen werden.

Zunächst wird wohl der Brief des Grafen Bernstorff an den Präsidenten Louvain zu einer längeren Debatte in der Kommission führen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die programmatische Erklärung, die Litwinow voraussichtlich gleich zu Beginn der Verhandlungen über den grundsätzlichen Standpunkt der Moskauer Regierung zum Abrüstungsproblem abgeben wird. Auch der Haltung der amerikanischen Delegation, insbesondere in bezug auf die Bildung des Sicherheitsausschusses sieht man mit großer Spannung entgegen.

Die bevorstehende Tagung der Abrüstungskommission gewinnt durch die Teilnahme der sowjetrussischen Delegation, ferner durch die in die Abrüstungsverhandlungen eingeschaltete Debatte über die Sicherheitsgarantie außerordentliche Bedeutung, so daß allgemein die Ansicht besteht, daß die bevorstehende Tagung voraussichtlich von entscheidender Bedeutung für die gesamten weiteren Abrüstungsverhandlungen sein wird.

Litwinow beim Generalsekretär des Völkerbundes.

Litwinow hat gestern abend in Begleitung des Generalsekretärs der Sowjetdelegation Stein dem Generalsekretär des Völkerbundes Drummond einen Höflichkeitsbesuch abgestattet. Anschließend suchte Litwinow den Direktor der Abrüstungskommission des Völkerbundssekretariats Madariaga auf, mit dem er eine längere Unterredung über den Stand der Abrüstungsverhandlungen sowie über die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung der Abrüstungskommission hatte. Die übrigen Mitglieder der sowjetrussischen Delegation haben lediglich dem Generalsekretär sowie den Untergeneralsekretären des Völkerbundes ihre Karten zulesen lassen.

Sonderbesprechung Briand-Litwinow in Genf?

Aus Moskau wird gemeldet, daß für Ende dieser Woche in Genf eine Sonderbesprechung zwischen Briand und dem Führer der russischen Delegation, Litwinow, vorgesehen sei, in der die russisch-französischen Beziehungen im allgemeinen zur Sprache kommen sollen.

Tages-Spiegel

Graf Bernstorff ist gestern zu der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf eingetroffen.

Mit großem Interesse erwartet man in Genf Litwinows Erklärung über Rußlands Stellung zur Abrüstung.

Die litauische Regierung hat eine weitere Beschwerde an den Völkerbund gerichtet.

Die polnische Regierung legt in einer Zirkularnote ihren Standpunkt im Konflikt mit Litauen dar.

Woldemaras erklärt auf's neue, daß Litauen niemals auf Wilna verzichten werde.

Südslawien hat in einer Note an den Völkerbund den Abschluß des Vertrages von Tirana als Völkerrechtsverstoß bezeichnet.

Zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei ist eine freie Arbeitsgemeinschaft eingegangen worden, die den ersten Schritt zur Wiederherstellung der politischen Einheit bilden soll.

men folgen werde, durch das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wiederhergestellt würden.

Das polnische Parlament aufgelöst.

U. Warschau, 29. Nov. Gestern mittag wurden Sejm und Senat durch ein Dekret des Staatspräsidenten infolge des Ablaufs der gesetzlichen Tätigkeitsdauer des Parlaments aufgelöst.

Das italienisch-albanische Bündnis

Südslawischer Protest beim Völkerbund.

U. Berlin, 29. Nov. Wie die Abendblätter aus Belgrad melden, erklärte die südslawische Regierung, daß sie dem Völkerbund einen Protest gegen das italienisch-albanische Bündnis zuleiten werde, das nicht im Einklang mit den Völkerbundsabmachungen stehe. Die Einreichung dieses Protestes werde Südslawien Gelegenheit geben, die ganze Frage der italienisch-albanischen Beziehungen vor den Völkerbund zu bringen.

Die Wahlen in Braunschweig und Anhalt

Das vorläufige amtliche Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen.

U. Braunschweig, 29. Nov. Das vorläufige amtliche Ergebnis der braunschweigischen Landtagswahlen liegt nunmehr vor. Es erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 123 195 (24 Mandate), Deutsche Volkspartei 89 705 (8), Wirtschaftspartei 22 193 (4), Demokraten 12 692 (2), Kommunisten 12 942 (2), Nationalsozialisten 10 820 (1), Braunschweig-Niedersachsen-Partei 3368 (0), Zentrum 4000 (0), Haus- und Grundbesitz 12 270 (2), Volksrechtspartei 4458 (0 Mandat).

Das amtliche Ergebnis der Kreiswahlen in Anhalt.

U. Halle, 29. Nov. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamts in Dessau haben bei den Kreiswahlen in Anhalt insgesamt erzielt: die Kommunisten 15 308 Stimmen und 5 Mandate, die Sozialdemokraten 75 992 Stimmen und 87 Mandate, die Mieter und Demokraten zusammen 16 023 Stimmen und 7 Mandate und die Einheitsliste 75 904 Stimmen und 38 Mandate.

Die Umgruppierung der Rheinlandbesatzung abgeschlossen

U. Berlin, 29. Nov. Wie die Telegraphenunion erzählt, ist die vorgesehene Truppenverminderung im besetzten Gebiet nunmehr im wesentlichen als abgeschlossen zu betrachten. Soweit die abzubauenden Besatzungstruppen Familienangehörige hatten, ist vereinbart worden, daß diese ihre bisherigen Wohnungen noch einen Monat lang in Anspruch nehmen können. Es ist beabsichtigt, daß der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete in kurzem im Sechzehner-Ausschuß des Reichstags authentisches Zahlenmaterial über die Truppenverminderung bekannt gibt. Sollte der Vorsitzende des Ausschusses, der Abg. Bayerischer, bis dahin wieder gesund sein, so dürfte der Ausschluß Ende der Woche diese Mitteilungen entgegennehmen.

Der polnisch-litauische Konflikt

Eine weitere litauische Beschwerde beim Völkerbund

U. Genf, 29. Nov. Nachdem am Samstag ein Schreiben des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras beim Völkerbund über die Angriffe der polnischen Presse gegen Litauen eingetroffen war, ist gestern vormittag beim Generalsekretär des Völkerbundes ein neues Telegramm Woldemaras eingegangen, in dem erneut auf die polnische Pressekampagne gegen Litauen hingewiesen und hierbei erklärt wird, die Haltung der polnischen Presse bedeute eine ernste Gefahr und könne zu schweren Störungen in den Beziehungen zwischen Litauen und Polen führen. Das Telegramm enthält, wie auch das erste Schreiben Woldemaras keinen Antrag auf das Eingreifen des Völkerbundes.

Bekanntlich stützt Litauen seine offizielle Klage beim Völkerbund gegen Polen, die an sich lediglich eine schlichte Angelegenheit behandelt, auf den Artikel 11 des Völkerbundsstatuts, der die Frage der Störung der Beziehungen zwischen zwei Staaten behandelt. Die litauische Regierung beabsichtigt somit anscheinend durch ihre mehrfachen Klageschriften beim Völkerbund ihren Anspruch auf Behandlung des litauisch-polnischen Streitfalles, auf Grund des Art. 11 des Völkerbundsstatuts zu begründen.

Woldemaras über die Voraussetzungen einer Verständigung mit Polen.

U. Berlin, 29. Nov. Wie die Abendblätter berichten, erklärte der litauische Ministerpräsident Woldemaras in einer Unterredung mit einem Pressevertreter auf dessen Frage, ob die gegenwärtige litauische Regierung bereit wäre, durch Verzicht auf Wilna wieder normale Beziehungen zu Polen aufzunehmen, mit größter Entschiedenheit, daß keine der litauischen Parteien bereit sei, einen solchen Verzicht auszusprechen, am allerwenigsten seine eigene Partei. Er sei bereit, normale Beziehungen mit Polen wieder aufzunehmen, wenn eine befriedigende Verständigung mit Polen hinsichtlich Wilnas erreicht und Polen die Bereitwilligkeit zeigen würde, die Unabhängigkeit Litauens zu achten.

Eine Kollektivnote Polens an die Mächte.

U. Warschau, 29. Nov. Die polnische Regierung hat an allen Regierungen, mit denen sie in diplomatischen Beziehungen steht, eine Kollektivnote gerichtet, in der der polnisch-litauische Konflikt klargestellt wird. In dieser Note wird vor allem betont, daß Polen bestrebt sei, mit Litauen in friedlichen Einvernehmen zu leben und daß Polen keine Absichten habe, Litauens Unabhängigkeit anzutasten. Diese polnischen Bestrebungen würden aber von der litauischen

Regierung durchkreuzt werden, da diese nach wie vor bei der Ansicht bleibe, daß Litauen sich mit Polen im Kriegszustand befinde. Die polnische Regierung gibt in der Note der Erwartung Ausdruck, daß alle Regierungen von sich aus auf Litauen einwirken, damit diesem friedensstörenden Kriegszustand ein Ende bereitet werde.

Wißglädter Putsch in Kowno.

U. Riga, 29. Nov. Nach Meldungen aus Kowno ist dort ein Versuch unternommen worden, die Woldemarasregierung zum Rücktritt zu zwingen. Zwei Offiziere, ein Oberst und ein Hauptmann begaben sich zum Ministerpräsidenten Woldemaras und zum Staatspräsidenten und verlangten im Auftrage der Kownoer Garnison den sofortigen Rücktritt von Woldemaras, widrigenfalls sie Gewalt anwenden würden. Es gelang jedoch Woldemaras, die beiden Offiziere verhaften zu lassen. Der Befehlshaber der Kownoer Garnison, Petruks, in dessen Auftrage die beiden Offiziere gehandelt hatten, versuchten zu entfliehen, konnte aber von Woldemaras Anhängern verhaftet werden. Im Zusammenhang damit haben zahlreiche weitere Verhaftungen von Militärs und Politikern stattgefunden.

Das litauische Heer in Kriegsbereitschaft.

U. Kowno, 29. Nov. General Schunkauskas hat einen Armeebefehl ausgegeben, demzufolge die gesamte litauische Wehrmacht ihm als Oberbefehlshaber untersteht und nicht mehr dem Kriegsminister. Diese Maßnahme bedeutet, daß das litauische Heer in Kriegsbereitschaft gebracht worden ist.

Französische Dämpfer in Warschau und Kowno.

U. Berlin, 29. Nov. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Paris: Im Ministerrat am Montag berichtete Briand über die außenpolitische Lage und teilte mit, er habe die Gesandten in Kowno und Warschau angewiesen, ihren Einfluß bei den dortigen Regierungen in beschwichtigendem Sinne geltend zu machen. Pilsudski habe versichert, daß Polen vor der nächsten Völkerbundsversammlung keinen Anlaß zu Grenzzwischenfällen geben werde. Woldemaras habe dagegen keine so bestimmte Zusicherung gegeben.

Die Haltung Englands.

U. London, 29. Nov. Der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Voder Sampson, gab am Montag nachmittag im Unterhause eine Erklärung über den litauisch-polnischen Konflikt ab. Er betonte u. a., daß die Regierung die Spannung zwischen Polen und Litauen mit großer Sorge verfolge. Ihre Zurückhaltung sei durch die Tatsache bedingt, daß der Völkerbundsrat in der nächsten Woche sich mit dem ganzen Problem beschäftigen werde. England vertraue darauf, daß diesen Verhandlungen ein Abkom-

Die Aussprache über die Besoldungsvorlage

II. Berlin, 28. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die erste Beratung der Besoldungsordnung bei der Besoldungsgruppe 2 fort. In der Aussprache kritisierte Abg. Dr. Quast die Statgebarung des Reichsarbeitsministeriums. Es fehle nicht nur die Kontrolle der großen Sammelfonds, die das Arbeitsministerium verwaltet, sondern auch in der Behördenorganisation fehle es an der nötigen Kontrolle und Klarheit. Das könne man nicht mit dem Begriff Selbstverwaltung decken. Es sei unerträglich, daß man in der Besoldungsordnung zum Beispiel die Gehälter der Arbeitsverwaltung und Versicherungsverwaltung einfach fortlasse. Es handele sich dabei um Behörden und Beamte des öffentlichen Rechts, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Die Beamten seien mittelbare Reichsbeamte. Gerade auf diesem Gebiet müsse gespart werden. Es gehe nicht an, alle diese Dienste einfach der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Der Ausschuß stimmte den Anträgen der Regierungsparteien zu, die Stellenzulagen zu beseitigen und eine neue Gruppe zu schaffen, in die gestellt werden u. a. alle Ministerial-Bürodirektoren, Oberregierungsräte, Legationsräte 1. Klasse beim Auswärtigen Amt usw.

Der Ausschuß ging dann zur Besprechung des Teiles B der Besoldungsordnung über, bei dem es sich um die „festen Gehälter“ handelt. Von demokratischer Seite wurde u. a. die Höherstellung des Reichsgerichts und des Präsidenten der deutschen Seewarte gefordert. Abg. v. Dryander (D.N.) forderte u. a. die Stellung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete zu stärken und die Gehälter der Votschaffler von 19 000 auf 22 000 M. heraufzusetzen. Der Titel „Gesandter in München“ müsse abgeändert werden in „Vertreter der Reichsregierung in München“. Die Ministerialdirektoren sollten auf je einen Vertreter des Ministerialdirektors beschränkt werden als Ministerialräte mit Funktionzulage. Die Gruppe 3, insbesondere auch der „Staatssekretäre“ müsse im parlamentarischen Staate gestärkt werden. Der Redner empfahl weiter eine andere Regelung für die Oberpostdirektionen und die Landesfinanzämter. Abg. Steinkopf (Soz.) verlangte bei der Bemessung der Gehälter der oberen Beamten im Reich und in Preußen Rücksicht zu nehmen darauf, daß der Einheitsstaat früher kommen könne, als man erwarte. Ministerialdirektor Dr. Potholz wies darauf hin, daß bei den angeschnittenen staatspolitischen Problemen der Reichsfinanzminister allein keine neue von der Vorlage abweichende Stellung einnehmen könne. Mit den dabei in Betracht kommenden Dingen müsse das Gesamtministerium befaßt werden.

Die Arbeitslosigkeit im Reich

II. Berlin, 28. Nov. Die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen ist vom 31. Oktober bis zum 15. November d. J. von 456 000 auf 518 000 gestiegen. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit ist zurückzuführen auf Entlassungen in der Landwirtschaft und im Baugewerbe, die infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse einen größeren Umfang angenommen haben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 15. November 392 000 gegen 340 000 am 31. Oktober, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der gleichen Zeit von 116 000 auf 126 000 gestiegen.

Die Neuorganisation des Wirtschaftsrat

Ein Protest des Reichsstädtebundes.
II. Berlin, 28. Nov. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes erhob durch eine einstimmige Entschließung Einspruch dagegen, daß in dem dem Reichstag vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat von den 11 Sitzen für Kommunalvertreter dem Reichsstädtebund als der Spitzenorganisation von 1483 mittleren und kleinen Städten nur ein Sitz überlassen wird. Der Reichsstädtebund empfindet dies als eine völlig ungerechtfertigte Zurücksetzung der Gesamtheit der mittleren und kleinen Städte gegenüber den Großstädten, Landkreisen und Landgemeinden und erwartet, daß ihm seiner Bedeutung entsprechend mindestens zwei Sitze zugewiesen werden.

Deutschland braucht Kolonien

Beachtenswerte Äußerungen Garwins im „Observer“.
II. London, 28. Nov. Im „Observer“ belohnt Garwin, daß der Friede in Europa nie gefährdet werden könnte, wenn Großbritannien, Frankreich und Deutschland grundsätzlich übereinstimmen, ihn zu schützen und im Notfall zu verteidigen. Eine Übereinstimmung zwischen den drei Ländern werde leider durch die Art der politischen Grenzsetzung und den vollständigen Ausschluß des deutschen Volkes von überseeischen Besitzungen unmöglich gemacht, obwohl viel kleinere Länder, wie Holland, Belgien und Portugal große Kolonialbesitzungen unterhielten. Wenn man den Grundstein für den Frieden ernsthaft legen wollte, könne man an diesen beiden Fragen nicht vorbeikommen.

Oberschlesien

u. die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

II. Gleiwitz, 28. Nov. Der ober-schlesische Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Landrat Ehrhardt, hat dem Reichsarbeitsminister ein Schreiben überreicht, in dem hingewiesen wird auf die im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung in Oberschlesien vorherrschende Befürchtung, daß sein Zugeständnis der monatlichen Kohleneinfuhr so hoch sei, daß in Deutsch-Oberschlesien al-

lein 10—12 000 Bergarbeiter arbeitslos werden würden, ganz abgesehen von den schweren wirtschaftlichen Auswirkungen auf die anderen Industrie- und Handelszweige. In dem Schreiben wird schließlich betont, daß die ober-schlesische Industrie für den inneren deutschen Markt nicht wettbewerbsfähig sei, weil der billige Wasserweg fehle, so daß durch den Handelsvertrag Polen nicht noch weitere größere Einfuhrkontingente zugestanden werden könnten, die zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Abstieg der Grenzprovinz führen müßten. Das Schreiben bittet den Reichsarbeitsminister, gegen die geplante hohe Kohleneinfuhr entschiedenen Einspruch zu erheben.

Bevorstehende Besprechung deutscher und polnischer Wirtschaftsführer.

II. Berlin, 28. Nov. Am 5. und 6. Dezember werden in Berlin Besprechungen zwischen deutschen und polnischen Vertretern der Industrie und der Landwirtschaft stattfinden. Das Thema wird in erster Linie die bevorstehenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sein.

Moskau

zur Unterredung Litwinow-Stressemann

II. Romno, 28. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung über die Begegnung Stressemann-Litwinow ein Komunique veröffentlicht, das inhaltlich im wesentlichen dem deutschen Komunique entspricht. Die Sowjetpresse nimmt die Gelegenheit zum Anlaß, um erneut die Übereinstimmung zwischen dem deutschen und dem russischen Standpunkt im polnisch-litauischen Konflikt zu unterstreichen. Tschischerin hat in den letzten Tagen den litauischen Gesandten und den deutschen Votschaffer empfangen und, wie man annimmt, sich mit ihnen eingehend über die aus dem russischen Schritt in Warschau sich ergebende internationale Lage unterhalten.

Die Politik im Balkan

Zum italienisch-albanischen Vertragsabschluss.

Der Abschluß des Vertrages zwischen Italien und Albanien findet in London große Beachtung. Der Vertrag wird auf Grund des gestern veröffentlichten Textes als dem französisch-jugoslawischen Vertrag gleichwertig angesehen. Während Serbien den Schutz Frankreichs gegen Italien suchte, hat nun Albanien sich gegen Jugoslawien unter italienischer Schutzhülle gestellt.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph ist der Auffassung, daß es keineswegs sicher ist, daß Italien in Reaktion auf den französisch-jugoslawischen Vertrag nicht über Albanien hinausgehen wird. Für Ungarn sei es angeht, seiner Grenzen gegen drei Mächte mit starken Armeen, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei, erwünscht, sich bei einer Großmacht eine Rückenbedeckung zu verschaffen. Die Donanstaaten und Südosteuropa entwickelten sich mit großer Schnelligkeit zu der Seele von zwei rivalisierenden militärischen und diplomatischen Gruppen.

In französischen diplomatischen Kreisen wird das Abkommen als eine Antwort auf den französisch-jugoslawischen Vertrag betrachtet. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß dieses neue italienisch-albanische Abkommen nur bereits bestehendes bestätige. Aus diesem Grunde könne man erwarten, daß der Vertrag in Belgrad mit Ruhe aufgenommen werde, da er in keiner Weise etwas an der gegenwärtigen Sachlage ändere.

In Belgrad herrscht in politischen Kreisen die Ueberzeugung, daß dieser Vertrag eine neue Situation am Balkan schaffen werde und ein Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien vollkommen ausschließt.

Württ. Landtag

Die Landwirtschaft im Finanzanschluß.

Der Finanzanschluß setzte die Beratung des Haushaltsplans der Wirtschaftsverwaltung bei Kap. 65, Zentralstelle für die Landwirtschaft, fort. Berichterstatter ist Abg. Pflüger (Soz.). Ein sozialdemokratischer Redner polemisiert gegen die Anträge des Bauernbundes und verlangt betriebswirtschaftliche Maßnahmen als Mittel zur Hebung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaftskammer habe zu viel Beamte und zu hohe Einstufungen. Verwahrung müßte dagegen eingelegt werden, daß die landwirtschaftlichen Winterschulen zur Bauernbündlerschen Agitation ausgenutzt werden. Ministerialrat Dr. Springer begründete den Staatsbeitrag von 80 000 M. an die Landwirtschaftskammer. Ein Redner des Bauernbundes erwidert dem sozialdemokratischen Redner, wobei es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommt. Die Spanne im Milchpreis vom Erzeuger zum Verbraucher sei zu hoch. Im weiteren verteidigt der Redner die Landwirtschaftskammer. Sodann wurde die Abstimmung zu Kap. 65 nachgeholt. Einstimmig angenommen wurde der Antrag des Berichterstatters Pflüger: die Eingabe der Gemeinde Dornstetten vom Februar 1927 betr. Bahnbau Dornstetten-Palzgrafenweiler dem Staatsministerium im Sinne einer möglichen Berücksichtigung zur Erwägung zu übergeben. Angenommen mit 8 Ja gegen 4 Nein, 3 Enthaltungen wird der Antrag Dr. Wiber, das Staatsministerium zu ersuchen, bei Ansetzung von Sporteln für Hausunternehmungen sich tunlichst an die obersten Sätze zu halten. Ferner wird angenommen ein Antrag Andre, Bengler (Ztr.) an gemeinnützige Arbeitersekretariate, die von tariffähigen Organisationen der Arbeitnehmer anerkannt oder getragen sind, einen Beitrag von 15 000 M. zu gewähren. Ein Redner des Zen-

trums verbreitet sich über die Lage der Landwirtschaft. Es fehle das Betriebskapital. Eine Mehrproduktion sei unmöglich, insoweit die Rentabilität durch hohen Zinsdienst unterbunden ist. Eine Unterstützung von bedürftigen Teilnehmern an Kursen für das Hufbeschlaggewerbe sei notwendig. Redner begründete einen diesbezüglichen Antrag. Ein Redner des Bauernbundes verbreitet sich sehr ausführlich über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer. Bleibt man die Beträge für Hohenheim ab, so erhalte die Landwirtschaftskammer von den 80 000 M. nur 54 000 M. Württemberg habe mit Ostpreußen den niedersten Umlagesatz der deutschen Landwirtschaftskammern. Ein weiterer Sprecher des Zentrums begründete noch Anträge zur Förderung der Milchwirtschaft. Staatsrat erklärte, daß die württembergische Regierung bestrebt sei, der Landwirtschaft in ihrem schweren Ringen zu helfen. Die in Württemberg gewährten landwirtschaftlichen Kredite erreichten insgesamt den Betrag von 53 Millionen Mark. An 4½prozentigen Meliorationskrediten seien gewährt worden aus Reichsmitteln 1 144 000 M., vom Land 200 000, aus Mitteln der produktiven Erwerbstätigen für die 200 000 M. An Weingärtnerkrediten seien 8 262 350 M. gewährt worden. Zinsen und Rückzahlungsbedingungen sind je nach der Herkunft der Gelder verschieden. Ein Redner der Demokratie erklärt, daß den Kapitalmangel die Industrie mit der Landwirtschaft teile. Ministerialrat Dr. Springer stellt einen Aufschlag der Zahl der Versicherungen in der Hagelversicherung fest, die einen erhöhten Staatszuschuß bedinge. Es besteht Aussicht, daß an dem jetzigen System festgehalten werden kann. Staatsrat Rau bemerkt, daß ihm von einer parteipolitischen Agitation an den landwirtschaftlichen Winterschulen nichts bekannt sei. Die Abstimmung über die Anträge wird zurückgestellt.

Stuttg., 28. Nov. Auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Manthe, betr. die Verlegung des Zollamts Schwemningen in das leerstehende Postgebäude hat das Wirtschaftsministerium wie folgt geantwortet: Ich bin gerne bereit, die Wünsche auf Verlegung des Zollamts in Schwemningen in das leerstehende Postamtsgebäude zu fördern, und bin in diesem Sinne bereits mit der Oberpostdirektion und dem Landesfinanzamt ins Benehmen getreten. Die Frage ist von dem Landesfinanzamt wieder angegriffen worden und wird zurzeit geprüft. Die Notwendigkeit, für das Zollamt in Schwemningen in tunlichster Weise neue Räume zu schaffen, steht dabei, wie mir scheint, außer Zweifel. Die Oberpostdirektion ist offenbar bereit, jedes Entgegenkommen zu zeigen, das billigerweise von ihr erwartet werden kann.

Aus Württemberg

Der Württ. Gemeindevorstand zum Staatshaushaltsplan.

Der Gesamtvorstand des Württ. Gemeindevorstands befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit dem vorliegenden Staatshaushaltsplan für 1928, in dem er eine genügende Berücksichtigung der Gemeindebedürfnisse vermisse. Zur Verhütung einer Ueberspannung der Realsteuern fordern die Gemeinden eine höhere Beteiligung an den Reichssteuern oder Entlastung von dem Lehrerbefoldungsaufwand. Um den bedürftigen Gemeinden die notwendige Erfüllung der dringlichen laufenden Aufgaben zu ermöglichen, müssen im Rechnungsjahre 1928 die im Staatshaushaltsplan vorgesehenen Staatsmittel für den Ausgleichsstock und für Beiträge an bedürftige Gemeinden zu deren Lehrerbefoldungsaufwand und zu Volksschulbauten stark erhöht werden. Schwer zu leiden haben die Gemeinden unter dem durch den gesteigerten Kraftwagenverkehr hochgetriebenen Straßenerhaltungsaufwand. Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer sind im Staatshaushaltsplan 1928 auf 21.535 000 veranschlagt. Diese Steuer ist durch das Reich zur öffentlichen Wegunterhaltung bestimmt. Der Staat gibt den Gemeinden und Amtskörperschaften von dem Gesamtbeitrag in der Form von Unterhaltungsbeiträgen aber nur 1 200 000 Mk., gleich 2,4 Prozent, während von den öffentlichen Verkehrsstraßen rund 80 v. H. in Unterhaltung der Gemeinden und Amtskörperschaften stehen. Es muß deshalb mit allem Nachdruck eine wesentlich höhere Beteiligung der kommunalen Körperschaften und ganz besonders der Gemeinden mit Eiterstrecken an dem Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer gefordert werden.

Aus Stadt und Land

Calw, den 29. November 1927

Ein Doppeljubiläum in Dachtel

Ein seltenes Fest wurde am letzten Samstag in der Gemeinde Dachtel gefeiert, das 35jährige Doppeljubiläum von Schultheiß Behrer und Gemeindepfleger Köhler. Der Einladung zur Feier wurde von Kollegen und Freunden so stark Folge geleistet, daß der geräumige Saal im Gasthof zum Strich die Feiernden kaum zu fassen vermochten. Oberlehrer Eichenhart, ein gebürtiger Dachteler, steht in Ruhestand in Herrenberg, hielt die nach Form und Inhalt mit großem Beifall aufgenommene Festrede, in welcher er nach allgemeiner Begrüßung die Bedeutung des Jubiläumstages, die notwendigen Eigenschaften eines Ortsvorstehers und Gemeindepflegers, ihre Amtspflichten und Amtsführung und unter Hervorhebung ihrer bedeutendsten Leistungen den Dank der Gemeinde, — sie hatte als sichtbares Dankeszeichen die beiden Jubilare je mit einem prächtigen Regulator beschenkt — zum Ausdruck brachte. Der Oberamtsvorstand, Oberamtmann Ripmann in Calw, hob die treffliche Amtsführung des Schultheißen Behrer und des Gemeindepflegers Köhler hervor. Die Akten weisen auch nicht die geringsten Anstände auf und deshalb könne man eine Gemeinde mit solchen Beamten nur allzuviel pre-

sen. Schultheiß Braun-Mithengst feierte humorvoll den Freund und Kollegen. Direktor Straßer von der G.R.G. gedachte des Schultheißen Lehrer als dem Mitbegründer der Elektrizitätsgenossenschaft Herrenberg und dem pflichtlichen seitherigen Agenten. Unter dessen fand sich auch der Dachtler Niederkrantz mit seinem Dirigenten, Lehrer Schneider-Deufringen ein und trug nach den einzelnen Neben passende Lieber vor. Rechnungsrat Hilligardt, Verwaltungssakuar der Gemeinde Dachtel feierte den willigen Gemeinderat, der jederzeit bereit gewesen sei, die notwendigen Mittel zu bewilligen, ohne welche die segensreichen Einrichtungen nicht zur Ausführung gekommen wären. Stadtschultheiß Göhner-Calw pries die Willigkeit und Freigebigkeit der Gemeindeglieder Dachtels und ihrer Vertreter während der Kriegs- und Nachkriegszeit welche die Stadt Calw in die größte Not gekommen wäre. Durch freiwillige Ablieferung von Lebensmitteln, ohne nun trug Oberlehrer Eisenhart ein von Oberlehrer Breittling-Botnang, einem Dachtler Bürgersohn, verfaßtes Gedicht im Dachtler Dialekt vor, in welchem beide Jubilar und ihre Frauen, ihre Sorgen und Freuden, humorvoll geschildert waren. Unter dessen fand sich auch der Landtagsabgeordnete unseres Bezirks, Gutsbesitzer Dingler-Calw ein. Er feierte die Bauernschultheißen, gedachte der Lebenslänglichkeit des früheren Amts und streifte die bevorstehende neue Gemeindeordnung. Ganz besondere Feststimmung brachte Schultheiß Graze-Mühlhagen und Stadtschultheiß Nounenmann-Zavelstein in die Festversammlung, indem sie ihre selbstverfaßten, mit ausgezeichnetem Humor gewürzten, im Dialekt vorgetragenen Gedichte vom Stapel ließen. Ungeheurer Beifall wurde ihnen zuteil. Gemeinderat Hahn, Vizepräsident des Niederkrantz gedachte ebenfalls der beiden Jubilare, insbesondere des Gemeindepfleger's Köhler, der nun 50 Jahre aktiv im Selbsterwerb Dachtel tätig sei. Der jetzt in Hirau im Ruhestand lebende frühere Geistliche und der in Dachtel gegenwärtig amtierende Lehrer brachten noch ihren tiefgefühlten Dank zum Ausdruck für das angenehme Zusammenleben mit den beiden Jubilaren. Zum Schluß dankte Schultheiß Lehrer in beredten Worten für die Veranstaltung und die große Teilnahme am Jubiläumsfest. Er gelobte seinen seitherigen Grundbesitzer treu zu bleiben zum Wohl seiner ihm aus Herz gewachsenen Heimatgemeinde Dachtel. So dürfte die kleine Gemeinde Dachtel mit ihren sparsamen und fleißigen Bewohnern und ihrer sehr geordneten Gemeindeverwaltung einen schönen, höchst selten in Erscheinung tretenden Tag erleben.

Aus dem Gemeinderat Bad Liebenzell.

Der Gemeinderat genehmigte den Erwerb des dem Geshw. Köhler gehörigen Anteils am Gebäude Nr. 2a, der Schulshener, so daß nunmehr die ganze Scheuer im Eigentum der Stadtgemeinde ist und das selbsterwerbende Grundstück Eigentum aufgehoben werden kann. Ueber den Verwendungszweck der Scheuer soll später beschloffen werden. Für die Holzsäckerarbeiten sind 2 Angebote eingegangen; eines von der Holzhauegruppe von Maissenbach, die in den letzten Jahren die Arbeiten ausführte, und eines von Holzhaue aus Zainen. Da das Angebot der letzteren wesentlich günstiger ist, überträgt der Gemeinderat diesen den Akkord. Gleichzeitig wird auf Antrag der Stadtpflege beschloffen, das anfallende Beigeholz, soweit es dazu geeignet ist, als Papierholz aufbereiten zu lassen, da sich in den letzten Jahren gezeigt hat, daß die Brennholzverkäufe der Stadt wenig besucht waren, andererseits aber das Papierholz recht günstig verkauft werden konnte und diese Ausnützung volkswirtschaftlich wertvoller ist. Trotzdem wird auch in diesem Jahr noch eine gewisse Menge Brennholz zum allgemeinen Verkauf an die Einwohnerschaft gelangen. Da die sogen. Kantendrucke beim Cafe Eßig dem heuligen Verkehr nicht mehr genügt, hat der Gemeinderat beschloffen, zur Entlastung der Fahrbahn einen zweiten Gehweg auf der Seite des Forellensees anbringen zu lassen. Für die Ausführung dieser Arbeit liegen nun zwei Angebote vor, und zwar eines von der Firma Richard Albrecht in Stuttgart, welche den Gehweg in Eisenbeton ausführen würde und eines von Bauunternehmer Schabtle hier, der eine Erweiterung des ganzen Brüdengewölbes vorstelt. Die Kosten sind für beide Ausführungsarten etwa gleich groß und belaufen sich auf rund 1400 M. Die Ausführung Schabtle hätte die Vorteile, daß später einmal auch der neue

Gehweg zur Fahrbahn geschlagen werden könnte, und, was besonders wichtig ist, daß das architektonische Bild der Brücke nicht gestört würde. Bekanntlich ist die Partie am See mit der Brücke und der Stadtkirche im Hintergrund einer der schönsten Punkte Bad Liebenzells. So konnte sich der Gemeinderat leicht dazu entschließen, dem Bauunternehmer Schabtle die Ausführung der Arbeiten zu übertragen. Dem Antrag des Vorsitzenden entsprechend wird als Brüstungsgeländer die Steinbrüstung der Brücke über den Längenbach in der Wilhelmstraße, die auf einer Seite entbehrllich und auch verkehrshindernd ist, verwendet. Die Finanzierung der vielen Bauarbeiten, die gegenwärtig ausgeführt werden, macht bei der Lage des Geldmarktes Schwierigkeiten. Bis jetzt konnte erst ein Teil der beschlossenen Schuldaufnahmen untergebracht werden. Die Landespartasse Stuttgart hat mit Rücksicht darauf, daß die Stadtgemeinde die Aufwertung ihrer früheren Schulden anstandslos vorgenommen hat, ein Darlehen von 20000 M. zugesagt. Von der Darmstädter und Nationalbank Stuttgart konnte zu günstigen Bedingungen ein kurzfristiges Darlehen erlangt werden, so daß die einseitige Finanzierung aller Hoffstandsarbeiten sichergestellt ist. Die Gebäubebesitzer am Schiebrain wünschen nun ebenfalls Anschluß an die Wasserleitung. Frau General v. Dieß würde zu den Kosten dieser Leitung einen Beitrag von 300 M. gewähren, wenn die Stadtgemeinde auf das Wasserrecht für den Brunnen am Schiebrain verzichtet. Der Gemeinderat ist bereit, dieses Recht gegen eine einmalige Entschädigung von 500 M. aufzugeben und beschließt, die Wasserleitung zum Schiebrain zu führen, wenn diese Entschädigung von Frau v. Dieß geleistet wird und die Hauseigentümer sich verpflichten, das Wasser abzunehmen. Die Liebenzeller Mission stellt für den Wasserleitungsbau zu ihrem Anwesen einen Beitrag von 500 M. in Aussicht. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt wegen Übernahme der Autolinie Bad Liebenzell-Schömberg-Höhen-Neuenburg auf die Reichspost. Eine Kommission hat am 9. November die Straße Bad Liebenzell-Schömberg besichtigt. Das Protokoll hierüber liegt heute vor. Danach sind bezüglich der Ertragsstraßen keine besonderen Wünsche geltend zu machen, besonders nachdem die Stadtgemeinde beabsichtigt, in diesem Winter noch das Haus Kling an der Wilhelmstraße abzugeben, so daß diese gefährliche Ecke beseitigt wird. Auch die Erweiterung der Kantendrucke wird begrüßt. Beauftragt wird dagegen der Ortsausgang nach Schömberg als zu eng und unübersichtlich. Die Reichspost verlangt die Entfernung des früheren Häußler'schen Wohnhauses und die Erweiterung der Straße durch Abjüngung der Felsen innerhalb 3 Jahren, während die Viehstraße selber im Wege der Unterhaltung auf 460 Meter zu erweitern sei. Der Gemeinderat, dem die Notwendigkeit einer Verbesserung des Ortsausgangs schon lange bekannt ist, hat deshalb auch im vergangenen Jahr das Häußler'sche Haus erworben. Die durchgehende Verbesserung aber kann die Stadtgemeinde nur mit Hilfe des Staates und der Amtskörperschaft vornehmen, da, wie bei der Beschichtigung anerkannt wurde, die Stadtgemeinde zur Verbesserung ihrer Straßen in den letzten Jahren beinahe mehr getan hat, als sie verkräften kann. Die Erhöhung der Gemeindeumlage von 12 Prozent im Jahre 1924 auf 23 Prozent im Jahre 1927 erhebt dies ausreichend. Unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde von allen interessierten Kreisen unterstützt wird, erklärt der Gemeinderat sein Einverständnis mit dem vorliegenden Vertragsentwurf, um wenn die Verhandlungen zwischen Reichspost und Gesellschaft vollends zum Ziele führen, die Autolinie nach Schömberg für künftig zu sichern. Die Erhaltung der Linie liegt nicht zuletzt im Interesse Schömbergs, das großen Wert darauf legen muß, daß seine Verkehrsverbindungen mit dem Nachbarort Bad Liebenzell erhalten und ausgebaut werden; denn es bestehen nicht nur nachbarliche Beziehungen zwischen den Anorten selbst, besonders wichtig für Schömberg sind die Anschlüsse, die von Bad Liebenzell nach Schömberg über Pforzheim-Frankfurt und Freudenstadt, sowie nach Stuttgart zu erreichen sind. Der Gemeinderat Bad Liebenzell tut, wie der vorstehende Beschluß zeigt, sein Möglichstes, um den Verkehr von und nach Schömberg zu fördern.

Weiter für Mittwoch und Donnerstag.

Der Hochdruck über Mitteleuropa hat seinen Schwerpunkt nach Polen verschoben. Im Norden und Süden sind

Liedbrudgebiete. Für Mittwoch und Donnerstag ist weiterhin vielfach bewölkt und auch zu leichteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

OB. Oberjesingen, OA. Herrenberg, 28. Nov. Landwirt Gottlob Sattler wollte morgens die Dreschmaschine in seine Scheuer führen. Die beiden jungen Pferde scheuten und gingen durch. In einer Straßenbiegung kam Sattler zu Fall und geriet unter die durchgehenden Pferde. Mit schweren Verletzungen an Brust und Kopf wurde er von der Unfallstelle getragen. — Aus der Landeshauptstadt traf hier eine Trauerkunde ein. Der bei einer Autofahrt tödlich verunglückte 33jährige Kaufmann Emil Wähler, der schon viele Jahre in Stuttgart in Stellung war, ist ein hiesiger Bürgersohn, er kam bei einer kurzen Geschäftsfahrt auf tragische Weise ums Leben.

OB. Tübingen, 28. Nov. Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Mitgliederversammlung am letzten Samstag beschloffen, für die Kandidatur Scheef einzutreten. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 13501.

OB. Uhuhan, 28. Nov. Von Privatdozent Dr. Reinert-Tübingen ist im Speisesaal des Schlosses, den der Fürst von Thurn und Taxis zur Verfügung gestellt hat, ein vortgeschichtliches Museum eingerichtet worden, das die zahlreichen Funde birgt, die im Federseemoor gemacht worden sind. Damit ist das von Flaschnermeister August Gröber früher in seinem Leben gernese Federseemuseum wesentlich ausgebaut worden. Das vortgeschichtliche Museum wurde am letzten Sonntag durch eine kleine Feier eingeweiht.

OB. Kellmünz, OA. Biberach, 28. Nov. Einen verwegenen Einbruch führten nachts einige Einbrecher aus. Sie erbrachen das Baubüro der Illerstraße 4 in Unterdettingen und stahlen den dortigen Kassenschrank. Trotz der 6 1/2 Zentner schleppten sie den Schrank etwa 20 Meter ins Illergras. Dort wurde der Schrank aufgeschweißt, wobei den Tätern 15000 M. Lohngebe in die Hände fielen, die am Freitag hätten ausbezahlt werden sollen. Die verwegenen Burschen benutzten zu der Tat nur Werkzeuge von der Baufirma. Das Baubüro selbst ist nachts zwar nicht beleuchtet, doch trifft dies für die überall in der Nähe befindlichen Baracken und Bauhütten zu. Durch einen in der Frühe sofort auf die Spur gefahren Polizeihund wurde festgestellt, daß die Ganner ihren Weg über die Iller genommen haben. Im andern Ufer hat der Hund allerdings die Spur nicht mehr aufgenommen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefstube.

100 holl. Gulden.	169,30
100 franz. Franken	16,48
100 schwed. Franken	80,78

Börsenbericht.

OB. Stuttgart, 28. Nov. An der Börse herrschte heute wieder ruhiges Geschäft, aber zuverlässige Haltung mit teilweise anziehenden Kursen.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

OB. Berliner Produktenbörse vom 28. November.

Weizen märk. 241-244; Roggen märk. 238-241; Gerste 219-262; Hafer märk. 202-212; Mais prompt Berlin 207 bis 209; Weizenmehl 31,33-34,50; Roggenmehl 32,25 bis 34,10; Weizenkleie 15; Roggenkleie 15; Raps 345-350; Lein- saatt 360-365; Viktoriaerbsen 51-57; kleine Speiseerbsen 32-35; Futtererbsen 22-24; Peluschken 20-21; Ackerboh- nen 20-21; Widen 21-24; Lupinen blaue 14-14,75; dtg. gelbe 15,50-16; Rapskörner 18,10-18,20; Weizen 22,80 bis 23; Trockenschnitzel 11,30-11,60; Sojafschrot 20,50-20,90; Kartoffelflocken 24,10-24,50; Speisekartoffeln weiße 2,50 bis 3,10; dtg. gelbfleischige 3,40-3,70; dtg. rote 3-3,30. All- gem. Tendenz: behauptet.

Viehpreise:

Pfientingen: Kühe und Kalben 225-750, Rinder 290 bis 480 M., Jungkinder 160-270 M. — Wiesensteig: 1 Paar Och- sen 1100-1320, 1 Paar Kühe 710, Kalben 640-680, Jung- vieh 200-300, Rinder 460 M. das Stück.

Die weltlichen Kleinhandelspreise hiesigen selbstständig nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Be- bedingungen in Betracht kommen. D. Schellig.

Die Genossenschaft

empfiehlt
B a c k a r t i k e l
G e s c h e n k a r t i k e l
B a u m s c h m u c k
W e i n e — L i k ö r e

liefert ihren Mitgliedern für das Weihnachtsgebäck wie immer nur **Qualitätsware** bei billigsten Preisen. Die Festtage bringen immer vermehrte Ausgaben, deshalb muß die Hausfrau doppelt sparsam mit ihrem Geld umgehen und genau auf Preis und Qualität achten.

Deshalb: **„K a u f t i m K o n s u m v e r e i n“**
 und bevorzugt die **G. E. G. - A r t i k e l**
 5 Prozent Rückvergütung auf alle Waren
 Vermehrter Umsatz — verminderte Unkosten — erhöhte Rückvergütung
Spar- und Consumverein Calw und Umg. e. G. m. b. H.

Denkt an Ludwig Kahn Westliche 2
 sobald gute Herren- u. Knabenbekleidung preiswert angeschafft werden soll.
 Marktplatz Pforzheim

